

Antrag vom Januar 2023

Mehr Wohnraum im Werksviertel: Folgen für die Planung der Infrastruktur?

Antrag

Das Planungsreferat stellt dar, an welchen Stellen im Bereich des Werksviertels es beabsichtigt, abweichend vom Bebauungsplan mehr Wohnungen zu genehmigen und in welchem Umfang derzeit zusätzlicher Wohnraum geplant wird.

In diesem Zusammenhang soll der Bezirksausschuss auch darüber informiert werden, wie das im Rahmen der Planung der sozialen Infrastruktur (Kinderbetreuung/Grundschule/Jugend- und Nachbarschaftstreffs/Seniorenwohnen, ...) und der Verkehrsinfrastruktur (z.B. PKW- und Fahrradstellplätze für Besucher, ...) bereits berücksichtigt ist bzw. noch werden kann. Der Bezirksausschuss ist in diesbezügliche Überlegungen mit einzubeziehen.

Es soll darüber hinaus eine aktuelle Zeitschiene für die Realisierung der einzelnen Bauabschnitte des Werksviertels vorgelegt werden.

Begründung

Dem Artikel "Wo bleiben die Wohnungen im Werksviertel?" (SZ, 30.12.2022) ist zu entnehmen, dass durch Planungsreferat und Investoren offenbar angestrebt wird, auf Grundlage der mit dem Baulandmobilisierungsgesetz geschaffenen Möglichkeiten auf dem Verwaltungsweg in durchaus nennenswertem Umfang vom Bebauungsplan abzuweichen, um mehr Wohnraum zu schaffen.

Auch wenn ein solches Vorgehen gerade bei noch neuen Bebauungsplänen die Gefahr birgt, dass umfangreiche Bauleitplanverfahren entwertet werden und die Verlässlichkeit politischer Entscheidungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern leidet, ist das Ziel mehr Wohnraum zu schaffen in einer sehr gut erschlossenen, urbanen Umgebung wie dem Werksviertel durchaus zu begrüßen.

Es muss dafür aber die nötige Infrastruktur vorliegen bzw. nachträglich mit geplant werden können, damit keine Defizite entstehen, die sich nachteilig auf die Lebensqualität im Stadtbezirk auswirken.

Johann Kott
Thomas Höhler
Fraktionssprecher

Fabian Ewald
Initiative